

Neuwahlen in der Tschechoslowakei

Der Kampf um die Macht — 19 Parteien im Wettstreit — John Smilcha Vorsitz — Schwere Regierungsabteilung

Am Sonntag, dem 27. Oktober, fanden in der Tschechoslowakei Neuwahlen statt. Die Regierung hatte nicht das natürliche Ende des Prager Parlaments (1921) abgewartet, sondern infolge einer schweren Regierungskrise gezwungen, den Wahlkampf zu eröffnen. Die letzte Koalitionsregierung, an der sich zum ersten Male auch deutsche Vertreter beteiligten, war am 12. Oktober 1925 unter dem Vorsitz Smilchas gebildet worden. Dieser mußte infolge schwerer Erkrankung Ende 1925 zurücktreten. Er wurde von Udráslav abgefolgt. Die Koalition war jedoch mit sich uneinig, fortwährende Reibereien waren an der Tagesordnung, bis schließlich die Ernennung des agrarischen Abgeordneten Billovský zu einer neuen Regierungskrise führte.

Wohl noch der Auflösung des Parlaments wurde im Lausitzer Prozeß das Urteil gesprochen. Dies führte im ganzen Lande zu einer ungeheuren Erregung, die sich jetzt im Wahlkampf auslebt. Der slowakische Führer Hlinka getriebene aufschärft das korrupte System der Agrarpartei. In einer Versammlung in Kofka erklärte er, daß die Slowaken weder von Beneš, noch von seinem Programm etwas wissen wollen. Die slowakische Industrie gleiche heute einem Kirchhof. Diesen Zuständen müßte endlich einmal ein Ende bereitet werden.

Aus den letzten Wahlen vom 15. November 1925 ging die Agrarpartei mit 45 Mandaten als die stärkste von allen hervor. Bezeichnenderweise vermochten die Kommunisten 41 Sitze zu erobern. Die katholische Volkspartei erlangte 31 Sitze, die Sozialdemokratie 20, die Nationalsozialisten Dr. Benešs 28, die Nationaldemokraten 18, die slowakische Volkspartei Hlinkas 28 und verschiedene kleinere Parteien zusammen 90 Sitze.

Im jetzigen Wahlkampf standen nicht weniger als 29 verschiedene Parteien im Wettbewerb. In sämtlichen 22 Wahlkreisen kämpften sieben tschechische Parteien miteinander, von denen die hauptsächlichsten sind die tschechisch-republikanische Partei (Agrarier), die tschechische Volkspartei (katholisch) und die tschechischen Nationaldemokraten. Zu erwähnen sind ferner die tschechische Gewerdepartei, die tschechischen Sozialdemokraten, die tschechischen Nationalsozialisten und die tschechischen Kommunisten. Unsere Sudetenbewohner vermochten sich wiederum nicht zu einigen. Sie boten im Wahlkampf ein betrübliches Bild, denn die Deutschen in der Tschechoslowakei sind in nicht weniger als zehn Parteien gespalten: Bund der Landwirte, Deutsch-christlich-soziale Partei, Deutscher Volksverband, Deutsch-demokratische Partei, Sudeten-deutscher Landbund, Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, Deutsche nationale Arbeiterpartei, deutsche Gewerdepartei, Deutsch-ungarische, nationale und christliche Partei und deutsch-soziale demokratische Partei. Bergsetzung! In letzter Stunde hat sich noch eine elfte deutsche Partei gefunden, nämlich die Karpatendeutsche Partei, die mit dem Bund der Landwirte und der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft ein Wahlbündnis abschloß, wozu freilich zu bemerken ist, daß diese Parteien sich „uneingeschränkt parteipolitische Selbständigkeit und Freiheit des politischen Handelns“ vorbehalten haben.

In allen sieben slowakischen Wahlkreisen hat die slowakische Volkspartei Hlinkas Kandidaten aufgestellt. In der Slowakei sind außerdem noch zu erwähnen die slowakische Volkspartei Jurigas, der vor einigen Monaten aus der slowakischen Volkspartei Hlinkas ausgeschlossen wurde, jetzt aber auf eigene Rechnung und Gefahr kandidiert. Außerdem hat die ungarische Nationalpartei, die mit den ungarischen Christlich-sozialen eine Wahlgemeinschaft bildete, in den Wahlkreisen der Slowakei und des Karpatenlandes eigene Listen aufgestellt. Bemerkenswert ist, daß auch die Polen, die Juden und andere mit eigenen Listen betraut wurden, da dürfte die Liste endlich vollständig sein.

Wie immer auch die Wahlen ausfallen, die Regierungsbildung wird jedenfalls auf große Schwierigkeiten stoßen. Die herrschenden Agrarier tragen sich jetzt schon mit dem Gedanken, die Sozialdemokraten heranzuziehen, da die slowakische Volkspartei mit ihren bisherigen 23 Mandaten nach dem Lausitzer Prozeß fraglos in die stärkste Opposition eintritt. Fraglich ist ferner geworden, ob der deutsche Bund der Landwirte wieder in die Regierung eintritt, denn das Hauptorgan des Bundes, die „Deutsche Landpost“ erklärt offen, daß das rücksichtslose Verhalten der tschechischen Agrarier bei den Deutschen nicht nur schwere Mißstimmung hervorrief, sondern „eine weitere Zusammenarbeit überhaupt in Frage stellen muß“. Unter diesen Umständen ist kaum daran zu zweifeln, daß die Tschechoslowakei vor einer ihrer schwersten Krisen steht.

Allein können die Tschechen ihren Staat nicht regieren. Sie müssen eine Koalition eingehen, entweder mit den Slowaken oder mit den Deutschen Parteien oder mit beiden. Sehr viel wird von der Stellungnahme der Deutschen am Tage nach der Wahl abhängen. Können sich unsere deutschen Volksgenossen in der Tschechoslowakei zu einer klugen deutschen Gemeinschaftspolitik auf, dann können sie als Gesamtheit ernsthaften Einfluß auf die Gestaltung der tschechoslowakischen Republik im Innern und auch auf die Außenpolitik des Landes gewinnen. Es ist bringen zu wünschen, daß sie aus dieser Lage die nachfolgenden Folgerungen ziehen. Weisheit und Mäßigung führen Schritt für Schritt dem Ziele näher.

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Baden

Zentrum 341 880 (34 Sitze), Sozialdemokraten 187 290 (18), Deutschnationale 34 081 (3), Wirtschaftspartei 35 618 (3), Kommunisten 55 189 (5), Deutsche Volkspartei 74 818 (7), Demokraten 62 335 (6), Linke Kommunisten 1580 (0), Badische Bauernpartei 28 141 (3), Nationalsozialisten 85 108 (6), Evangelischer Volksdienst 35 328 (3), Christlich-soziale Reichspartei 5105 (0), Volksrechtspartei 6803 (0). Zusammen abgegebene Stimmen 832 679.

Gewinn und Verlust der Parteien stellen sich wie folgt: Zentrum + 8 Sitze, Sozialdemokraten + 2, Deutschnationale - 5, Deutsche Volkspartei unverändert, Demokraten unverändert, Wirtschaftspartei + 1, Kommunisten + 2, Linke Kommunisten - 1, Badische Bauernpartei + 3, Nationalsozialisten + 6, Evangelischer Volksdienst + 3.

Der künftige Landtag wird 88 Abgeordnete gegen über bisher 73 haben. Die Wahlbeteiligung dürfte durchschnittlich 85 Prozent betragen haben. Bemerkenswert ist, daß trotz der erhöhten Wahlbeteiligung die Deutschnationalen noch fünf Sitze verloren haben.

Besprechungen über die Reform der Krankenversicherung

In den ersten Tagen des November werden im Reichsarbeitsministerium Besprechungen über eine Reform des Krankenversicherungswesens zwischen Vertretern des Ministeriums und der beteiligten Verbände stattfinden. Ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf wird in diesen Verhandlungen noch nicht aufgestellt sein. Das Reichsarbeitsministerium will zunächst einmal die beteiligten Organisationen über den ganzen Fragenkomplex hören und auf Grund bestimmter Vorschläge dann den Gesetzentwurf ausarbeiten.

Es handelt sich in erster Linie um eine Erweiterung des Aufgabenkreises der Krankenversicherung. So soll u. a. die Grenze für Versicherungspflichtige erweitert werden, da das Reichsarbeitsministerium der Ansicht ist, daß die augenblicklich bestehende Grenze von 3600 RM Einkommen bei der Vorkriegszeit festgesetzten Grenze von 2500 RM Jahreseinkommen nicht mehr entspricht. Weiter wird zu prüfen sein, ob nicht überhaupt der Kreis der Versicherungspflichtigen für die Krankenversicherung dem Kreis der Reichsversicherungsbeitragspflichtigen angepaßt wird. Die Beratungen werden sich auch mit einer Neuordnung der Versicherungsleistungen unter dem Gesichtspunkt der Rationalisierung befassen. Man hält es in Kreisen des Reichsarbeitsministeriums für nötig, dort, wo soziales Bedürfnis nicht vorliegt Einschränkungen, und dort, wo besondere soziale Notlage vorhanden ist, Erhöhungen der Leistungen vorzunehmen. Schließlich wird bei den Besprechungen auch die Frage der Organisation der Krankenkassen eine große Rolle spielen. Die Pläne des Ministeriums gehen dahin, die Selbstverwaltung mehr als bisher auszubauen.

Entscheidung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Saargebiet

Western fand in Saarbrücken eine von den Ortsausschüssen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes im Saargebiet statt besuchte Konferenz der freien Gewerkschaften in Saarbrücken statt.

Nach einer sachlichen Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die am 27. Oktober in Saarbrücken tagende Bezirkskonferenz des A. D. G. B. des Saargebietes begrüßt die im Interesse des Weltfriedens gelegene Verständigungspolitik zwischen Frankreich und Deutschland und die damit verbundene Räumung des besetzten Gebietes und die Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebietes. Die Konferenz bringt zum Ausdruck, daß die Saarverhandlungen jedoch nur zur Befriedigung beider Völker beitragen, wenn das Saargebiet restlos unter Reichs- und die Saargruben unter preussisch-bayrische Verwaltung zurückgegeben und die wirtschaftlichen Interessen beider Staaten durch Handelsverträge berücksichtigt werden. Sie lehnt jede Internationalisierung und Privatisierung der Saargruben ab. Die freiorganisierte Saararbeiterschaft wiederholt ihren bei öfteren geäußerten Wunsch, möglichst bald im deutschen Staats- und Wirtschaftsverband aufzugehen. In die Regierungsstellen des Reiches richtet die Konferenz das Ersuchen, bei erfolgversprechenden Rückgliederungsverhandlungen gleichzeitig Verhandlungen unter Zuziehung von Vertretern der Arbeitnehmer zur reibungslosen Rückführung ohne längere Übergangszeit in die deutsche Reichs- und Landesgesetzgebung zu tätigen.“

Die deutsch-amerikanische Schuldenregelung

Zu den Meldungen über ein besonderes deutsch-amerikanisches Reparationsabkommen hören wir von unterrichteter Seite, Amerika ist an den Annuitäten des Youngplans mit einem geringeren Betrage beteiligt, als ihm nach dem Dawesplan zugeteilt war. Da die Vereinigten Staaten aus dem Zahlungsmodus des Youngplans auszuscheiden wünschen, haben sie Deutschland vor-

geschlagen, über die amerikanische Quota, die der Youngplan vorsieht, ein Sonderabkommen zu schließen. Von unterrichteter Seite wird mit aller Entschiedenheit betont, daß sich an den materiellen Verpflichtungen Deutschlands auf Grund des Youngplans nichts ändert, weder was die Höhe der Zahlungen noch die Regelung des Transfers betrifft. Bei dem Abkommen handelt es sich lediglich um eine reparationsrechtliche Änderung des Zahlungsplanes.

Die pünktliche Zahlung der Beamtengehälter in Thüringen

Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ in ihrer Sonntagsausgabe melden, hat die Thüringer Regierung auf die Frage des Thüringer Beamtenbundes, ob es richtig sei, daß in den nächsten Monaten unter Umständen die Beamtengehälter in Thüringen nicht mehr voll zur Auszahlung kommen können, eine Antwort abgegeben, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Ausgaben im Haushaltsplan Thüringens die Einnahmen stark überschreiten. Die fehlenden Gelder müßten fortlaufend im Kreditwege flüssig gemacht werden. Die Schwierigkeit der Geldbeschaffung trete in Thüringen ganz besonders scharf in Erscheinung. Die benötigten Gelder müßten kurzfristig aufgenommen werden. Dies geschehe von Monat zu Monat nach Bedarf. Bisher sei es immer gelungen, die zur Auszahlung der Beamtenbesoldungen im Kreditwege zu beschaffenden Gelder heranzubringen. Dies werde hoffentlich auch weiterhin möglich sein. Eine Zusage könne indessen nicht gegeben werden.

Hilf! Bälou ?
Fürst Bälou ist heute morgen um 6 Uhr 50 in Rom gestorben.

46 Wolgadeutsche verhaftet

Die Moskauer Zeitung meldet aus Moskau: Im Moskauer Verwaltungszentrum der deutschen Wolgarepublik wurden 46 deutsche Wolgaden durch die dortige G. P. U. verhaftet. Der Pravda zufolge wird den Verhafteten vorgeworfen, daß sie den Komintern in Prokrowsk dadurch geschädigt hätten, daß sie Manufakturwaren in Prokrowsk und Saratow privat vertrieben hätten.

Die Stellung Englands zur Frage eines Zollwaffenstillstandes

Auf die vom Generalsekretär des Völkerbundes im Auftrag des Völkerbundesrats an die Regierungen gerichtete Anfrage, ob sie bereit seien, an den Verhandlungen über den Abschluß eines Zollwaffenstillstandes teilzunehmen, ist von der englischen Regierung die erste Antwort eingetroffen. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Verhandlungen wird sich die englische Regierung bei der entsprechenden Staatenkonferenz, die voraussichtlich im Februar nächsten Jahres in Genf zusammenzutreten wird, durch den englischen Handelsminister Graham vertreten lassen.

Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei vor der amerikanischen Botschaft in London

Vor der amerikanischen Botschaft in London kam es gestern abend zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und einigen hundert Kommunisten. Die Kommunisten waren von einer Versammlung auf dem Trafalgar Square gekommen und wollten dem amerikanischen Botschafter eine Entschließung unterbreiten die sich mit der „Verfolgung kampfbereiter Arbeiter“ im allgemeinen und den vor einigen Tagen abgeurteilten 16 Textilarbeitern von Gastonia (Vereinigte Staaten) im besonderen befaßte. Als bekanntgegeben wurde, daß der amerikanische Botschafter die Abordnung der Menge nicht empfangen könne, wurde der Versuch gemacht, den Polizeiforposten zu durchbrechen. Die herbeigeholten Polizisten mußten wiederholt eingreifen. Bisher sind drei Verhaftungen gemeldet.

Rund um die Welt

Wendung der Sklarek-Affäre?

Ungetreue Stadtbeamte?

Die Untersuchung der Sklarekaffäre scheint in ein neues Stadium zu treten. Die Staatsanwaltschaft wird nach Informationen des „Berliner Tageblattes“ zu den Vorwürfen, die sie gegen den Kreis der Beschuligten erhoben hat, einen neuen Anlauf. Bisher sind gegen die Sklarek und ihre Helfer die Vorwürfe des Betruges (Urkundensäufung), der Bestechung und des Kontursverbrechens erhoben worden. Dazu soll jetzt noch gegen einige Mitglieder der Stadtverwaltung der Vorwurf der Untreue kommen. Dieser Vorwurf ergibt sich aus folgender Uebersetzung: Die Sklareks erklären, daß sie garnicht die Absicht haben, die Feststellung der Staatsanwaltschaft, daß die Firma Sklarek schon seit zwei Jahren mit Verlust arbeite, zu bestreiten. Sie geben nur zu ihrer Verteidigung an, daß diese Verluste dadurch entstanden sind, daß sie die Vermögensgegenstände der Firma Sklarek nicht in die Hände der Mitglieder des Kreditausschusses, so folgert man weiter, bekamt sein. Wenn verschiedene Mitglieder des Kreditausschusses aber davon unterrichtet waren und trotzdem den Sklareks Gelder bewilligt haben, für die sie die Verantwortung tragen, so haben sie damit die Treue, zu der sie verpflichtet waren, verletzt.

Die Bestechungsaffäre bei der Eisenbahn

Verhaftung eines Regierungsbeamten

Im Verlauf der Untersuchung der Bestechungsaffäre bei Tiefbauunternehmerin Frau Koch in Berlin-Pankow ist, wie die „B. Z.“ meldet, einer der leitenden Beamten des Eisenbahnbetriebsamtes Eiertiner Bahnhof, der Regierungs- und Baurat Eduard Arnold, unter dem dringenden Verdacht der passiven Bestechung verhaftet worden. Der Untersuchungsrichter hat fernere Haftbefehl gegen die vier bereits in der Angelegenheit verhafteten Beamten erlassen.

Wieder ein Beamter wegen Bestechung festgenommen

In seiner Wohnung zu Steglitz wurde der Oberpostinspektor Alfred Stiebig von der Kriminalpolizei festgenommen. Ihm

wird Bestechung im Umte zum Vorwurf gemacht. Stiebig war mit der Vergütung und Ueberwachung von Aufträgen betraut, die sich auf Kabelverlegungen bezogen, die nicht von der Post selbst ausgeführt, sondern Hoch- und Tiefbaufirmen übertragen werden. Stiebig, der sofort einem eingehenden Verhör unterzogen wurde, hat angegeben, Summen von 800 bis 1000 Mark für seine Gefälligkeiten von den Firmen erhalten zu haben.

Konkurs über das Vermögen Cohns

Ueber das Vermögen des kläffigen Konkursverwalters Cohn ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Bei der Durchsichtigung seiner Wohnung in Breslau wurde noch ein zweites eingemauertes Schließfach vorgefunden, in dem sich Schmuckstücke im Wert von etwa ein- bis zweitausend Mark befanden. In einer Schublade wurden Mahnungen von Konkursberechtigten vorgefunden, daß Cohn ihnen Verpflichtungen nachkommen sollte. Aus den unbezahnten Rechnungen stellte man fest, daß das Auto des Kläffigen noch nicht völlig bezahlt ist.

Selbstmord des Konkursverwalters Cohn

Wie die Breslauer Zeitungen durch Ausschlag bekanntgeben, hat der gefälligte Konkursverwalter Cohn am Sonnabend vormittag in Replitz-Schnau Selbstmord begangen, indem er sich eine Kugel durch den Kopf schoß. Er ist in den Abendstunden gestorben.

Die Frau des Konkursverwalters Cohn gestorben

Die Frau des kläffigen Konkursverwalters Cohn aus Breslau, die in der Nacht zum Donnerstag einen Selbstmordversuch mit einem starken Schlafmittel unternommen hatte, ist am Sonnabend nachmittag gestorben.

Beheimrat Dr. Heinrich Büffing gestorben

Beheimrat Dr.-Ing. c. h. Heinrich Büffing, der Gründer und Entwerfer der H. Büffing-Automobilwerke, A. G., Braunschweig, ist gestern mittag im Alter von 86 Jahren gestorben.